

Weitere Besondere Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen

Vergabenummer: **454-12/25**

Baumaßnahme: Sanierung Turnhalle
Cottbuser Straße 12
02826 Görlitz

Leistung: **Los 305 - Stahlbau**

Datum: 14.04.2025

Die im folgenden angegebenen WBVBs sind die Fortsetzung des Formblattes 214. Die Paragraphen beziehen sich auf die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B 2016)

Inhaltsübersicht

1. Objekt-/ Bauüberwachung (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B)
2. Sicherheit und Gesundheitsschutz entspr. Baustellenverordnung (BaustellV)
3. Bautagesberichte (§ 4 VOB/B)
4. Dem Auftragnehmer werden zur Benutzung überlassen (§ 4 Abs. 4 VOB/B)
5. Beteiligung an der Bauleistungsversicherung
6. Verjährungsfristen für Mängelansprüche (§ 13 VOB/B)
7. Abrechnung (§ 14 VOB/B)
8. Ergänzung zu Ziffer 5 des FB 214 - Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B)
9. Übergabe von Ausführungszeichnungen an den Auftragnehmer
10. Werkstatt- und Montageplanung
11. Baufristenplan
12. Baustellenbesprechungen
13. Bauleitung des Auftragnehmers
14. Anordnung von Stundenlohnarbeiten
15. Nachtragsvereinbarungen
16. Vorgesehene Arbeitsabschnitte, Arbeitsunterbrechungen und –beschränkungen
17. Alkohol
18. Mehrere Titel mit getrennter Abrechnung
19. Bauschutt
20. Emissionsschutz, Arbeitszeit
21. Arbeitssicherheit
22. Parken / Stellplätze
23. Baustellenbewachung
24. Verpflichtung zum Mindestlohngesetz (Milog)
25. Abnahme (§ 12 VOB/B)
26. Grant Agreement
27. Übergabe von Dokumentationsunterlagen
28. Datenschutzgrundverordnung DS-GVO

1. Objekt-/ Bauüberwachung (§ 4 Abs. 1 Nr. 3 VOB/B)

Die Objekt-/Bauüberwachung obliegt der Auftraggeberin.

☒ Diese hat einen Architekten/Ingenieur mit der Wahrnehmung beauftragt.

Anordnungen Dritter dürfen nicht befolgt werden.

2. Sicherheit und Gesundheitsschutz entspr. Baustellenverordnung (BaustellV)

2.1 Eine Vorankündigung ist nach § 2 BaustellV

☐ nicht erforderlich.

☒ erforderlich.

☒ Sie ist erfolgt.

☐ Sie wird derzeit erarbeitet.

2.2 Ein Koordinator ist nach § 3 (1) BaustellV

☐ nicht erforderlich.

☒ erforderlich.

Die Auftraggeberin

☐ übernimmt die Aufgabe selbst.

☒ hat die Aufgabe einem Dritten übertragen.

2.3 Ein SiGe-Plan ist nach § 3 (2) BaustellV

☐ nicht erforderlich.

☒ erforderlich.

☐ Er liegt bei der ausschreibenden Stelle zur Einsichtnahme aus.

☐ Er ist den Vergabeunterlagen beigelegt.

☒ Er wird derzeit erarbeitet

3. Bautagesberichte (§ 4 VOB/B)

☒ Der Auftragnehmer hat Bautagesberichte arbeitstäglich zu führen und der Auftraggeberin oder dem mit der

☐ Bauüberwachung beauftragten Architekten/ Ingenieur spätestens wöchentlich zu übergeben.

4. Dem Auftragnehmer werden zur Benutzung überlassen (§ 4 Abs. 4 VOB/B)

4.1 Lager- und Arbeitsplätze:

Flächeninanspruchnahme nach vorheriger Abstimmung mit der Bauleitung

Etwa darüber hinaus erforderliche Lager- und Arbeitsplätze hat der Auftragnehmer zu beschaffen; die Kosten sind durch die Vertragspreise abgegolten.

Das Lagern von Material, sowie das Aufstellen von Gerät / Container auf dem Baustellengelände ist nur nach vorheriger schriftlicher Genehmigung durch den AG auf eigens dafür zugewiesenen Flächen möglich. Ein Flächenanspruch besteht ausschließlich für Bauleitung- / Aufenthaltscontainer sowie für eine angemessene kurzzeitige Zwischenlagerung von Baumaterialien. Die Flächen sind vom Auftragnehmer eigenverantwortlich festzulegen und durch einen vorzulegenden Baustelleneinrichtungsplan vom Auftraggeber genehmigen zu lassen. (Als Planungsgrundlage liegt ein Lageplan mit diversen Vorgaben diesem LV bei.) Der Plan ist 7 Arbeitstage nach Auftragserteilung vorzulegen. Die Flächen sind unmittelbar nach Benutzung wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen.

Die ausgewiesenen Feuerwehzufahrten und Rettungswege sind während der gesamten Bauzeit freizuhalten.

4.2 Verkehrswege innerhalb des Baugeländes:

Siehe Baustelleneinrichtungsplan

4.3 Wasseranschluss

☐ ist nicht vorhanden. ☒ ist vorhanden. Durchmesser, Leistung, Zustand:

Verbrauchskosten

- ☒ nach § 4 Abs. 4 VOB/B; zuständiges Versorgungsunternehmen. SWG
- ☐ werden in der Schlussrechnung, bei nachgewiesenem Verbrauch, einschl. etwaiger Kosten für Messer oder Zähler
- ☐ entsprechend dem tatsächlichen Betrag
- ☐ pauschal in Höhe von: _____ EUR
- ☒ in Höhe von 0,1 v. H. des Endbetrages der Schlussrechnung abgesetzt.
- ☐ _____

4.4 Stromanschluss

- ☐ ist nicht vorhanden. ☒ ist vorhanden. Leistung, Zustand. _____

Verbrauchskosten

- ☐ nach § 4 Abs. 4 VOB/B; zuständiges Versorgungsunternehmen. _____
- ☐ werden in der Schlussrechnung, bei nachgewiesenem Verbrauch, einschl. etwaiger Kosten für Messer oder Zähler
- ☐ entsprechend dem tatsächlichen Betrag
- ☐ pauschal in Höhe von: _____ EUR
- ☒ in Höhe von 0,3 v. H. des Endbetrages der Schlussrechnung abgesetzt.
- ☐ _____

4.5 Sonstige Anschlüsse für

sind nicht vorhanden.

5. Beteiligung an der Bauleistungsversicherung

Es wird ein Abzug für die Beteiligung an der Prämie der durch den Auftraggeber abgeschlossenen Bauleistungsversicherung (ABN) in Höhe von 1‰ (= 0,1%) der brutto-Abrechnungssumme vereinbart.

6. Verjährungsfristen für Mängelansprüche (§ 13 VOB/B)

- ☒ Die Regelfrist nach § 13 VOB/B ☐ nicht zutreffend
- ☐ Für den Gesamtauftrag _____ Monate.
- ☐ Für¹ _____ Monate
- ☐ Für _____ Monate
- ☐ Für den Gesamtauftrag _____ Jahre.

7. Abrechnung (§ 14 VOB/B)

7.1 Alle Rechnungen sind beim Auftraggeber über: **Stadtverwaltung Görlitz/ Zentraler Rechnungseingang/ Dezernat II/ Bau- und Liegenschaftsamt/ SG Hochbau elektronisch über E-Mail: e-rechnung@goerlitz.de** 1-fach einzureichen.

7.2 Die notwendigen Rechnungsunterlagen (z. B. Mengenberechnungen, Abrechnungszeichnungen, örtliche Aufmaße, Hand-skizzen) sind:

¹ Beschreibung der Bauleistung

☒ einfach **(elektronisch)**

☒ ein -fach in Papierform und pdf-Datei: Zulassungs-/ Prüfsertifikate u. dgl., technische Dokumentationen (z. B. Einbaudokumentation mit Fotoaufnahmen für Seilsicherungssystem)

einzureichen.

8. Ergänzung zu Ziffer 5 des FB 214 - Sicherheitsleistung (§ 17 VOB/B)

Eine Sicherheit für Mängelansprüche gemäß Ziffer 5 des FB 214 ist nur zu stellen, wenn die Auftragssumme (ohne Nachträge) mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt. Abweichend zu Punkt 5 des Formblattes 214 (Besondere **Vertragsbedingung**) gilt als Bezugsgröße für die Höhe der Sicherheit der Mängelansprüche die Gesamt-Abrechnungssumme als vereinbart. Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche (§17 Abs.8 Nr.2 VOB/B): Mit Ablauf der vereinbarten Mängelanspruchsfrist. Sicherheiten sind inkl. Umsatzsteuer zu stellen.

9. Übergabe von Ausführungszeichnungen an den Auftragnehmer

Der Auftragnehmer erhält zur Ausführung seiner Leistungen abgestimmte und freigegebene Ausführungsunterlagen des Architekten, ggf. des Tragwerkplaners sowie der Fachplaner und hat diese unmittelbar nach Auftragserteilung anzufordern. Die kalkulationsrelevanten Unterlagen, die dieser Ausschreibung beiliegen, sind nicht zur Ausführung freigegeben.

Die Ausführungszeichnungen und -unterlagen werden übergeben als: PDF

10. Werkstatt- und Montageplanung

Soweit eine Montage- und Werkstattplanung (W+M-Planung) verlangt wird, ist diese den beauftragten Architekten / Fachplanern rechtzeitig zur Prüfung vorzulegen. Die Prüfung erfolgt auf Übereinstimmung mit der Ausführungsplanung. Der Auftragnehmer muss die Unterlagen so rechtzeitig vorlegen, dass die Ausführungstermine eingehalten werden.

Vorlage jeweils als PDF-Datei. Die jeweilige Korrektur mit Neuvorlage durch den Auftragnehmer darf max. 1 Kalenderwoche betragen. Für den gesamten Arbeits- und Fertigungsablauf ist dieser Zeitaufwand einzuplanen und im Terminplan des Auftragnehmers mit darzustellen. Es ist damit zu rechnen, dass es mehrere Korrekturläufe geben kann.

Es darf bei W+M-Planung - grundsätzlich nur nach Plänen bestellt, produziert und ausgeführt werden, welche zur Ausführung freigegeben sind.

11. Baufristenplan

Der Auftragnehmer hat einen Baufristenplan über seine vertraglichen Leistungen zu erstellen, anhand dessen die Einhaltung der Vertragsfristen nachgewiesen und überwacht werden kann. Die Vertragsfristen ergeben sich aus den Besonderen Vertragsbedingungen. Die Festlegungen der Auftraggeberin, z.B. zur baufachlichen oder terminlichen Koordinierung mit den übrigen Leistungsbereichen, sind zu berücksichtigen. Bei Änderungen der Vertragsfristen oder bei erheblichen Abweichungen von sonstigen Festlegungen ist der Plan durch den Auftragnehmer unverzüglich zu überarbeiten.

Der Plan ist der Auftraggeberin 10 Werktagen nach Auftragserteilung, bei Überarbeitung unverzüglich jeweils in 2 -facher Fertigung auf Papier sowie als PDF-Datei zu übergeben.

12. Baustellenbesprechungen

Der auftragnehmer hat zu den Baustellenbesprechungen, die die Auftraggeberin regelmäßig durchführt, einen geeigneten bevollmächtigten Vertreter zu entsenden. Die Besprechungen finden wöchentlich statt.

13. Bauleitung des Auftragnehmers

Der Auftragnehmer hat bei Ausführung von Leistungen einen weisungsbefugten Firmenbauleiter / Vorarbeiter auf der Baustelle einzusetzen, der die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrscht.

14. Anordnung von Stundenlohnarbeiten

Mit der Ausführung der im Leistungsverzeichnis vorgesehenen Stundenlohnarbeiten ist erst nach schriftlicher Anordnung der Auftraggeberin oder ihres Bevollmächtigten zu beginnen. Der Umfang der im Einzelfall zu erbringenden Leistungen wird bei der Anordnung festgelegt.

§ 2 Abs. 10 VOB/B gilt nicht, wenn die Parteien individualvertraglich die Abrechnung nach Stunden während oder nach der Ausführung vereinbaren.

Rapporte sind arbeitstäglich aufzustellen und wöchentlich der Objektüberwachung vorzulegen.

Geräte und Fahrzeuge: Die jeweiligen Verrechnungssätze für Geräte und Fahrzeuge müssen sämtliche Aufwendungen für den Einsatz, insbesondere für das Vorhalten und für Betriebsstoffe enthalten. Vorausgesetzt wird der Einsatz eines hierfür geschulten und zahlenmäßig erforderlichen Personals. Eine Vergütung für höher qualifizierter Arbeitskräfte, als erforderlich, wird nicht gewährt.

Baustoffe: Die jeweiligen Verrechnungssätze für Baustoffe müssen die Lieferung frei Baustelle einschließlich dem Transport zur Verwendungsstelle und dem Abladen sowie alle Zuschläge enthalten.

15. Nachtragsvereinbarungen

Für Nachtragsvereinbarungen gelten die Bedingungen des Hauptauftrages einschl. der dort vereinbarten Nachlässe. Nachtragsvereinbarungen werden ausschließlich zwischen Auftraggeberin und Auftragnehmer getroffen.

Nachtragsangebote müssen folgende Unterlagen beinhalten:

- Nachtragsangebot
- Kalkulation für alle Positionen
- Preisnachweise für wesentliche Positionen
- Angaben zur Veranlassung
- Grundlage der Prüfung von Nachträgen durch den AG ist der "Leitfaden zur Berechnung der Vergütung von Nachträgen" des VHB (Vergabehandbuch des Bundes)

16. Vorgesehene Arbeitsabschnitte, Arbeitsunterbrechungen und –beschränkungen

Zwischen einzelnen Arbeitsschritten sind ggf. Arbeitsschritte von bauseitigen Unternehmern erforderlich, die bei der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen üblich sind. Diese Arbeitsunterbrechungen sind einzukalkulieren und werden nicht besonders vergütet.

17. Alkohol

Für alle am Bau tätigen Mitarbeiter:innen des Auftragnehmers gilt ein striktes Alkoholverbot. Bei Zuwiderhandlung wird von der Bauleitung ein Baustellenverbot ausgesprochen.

18. Mehrere Titel mit getrennter Abrechnung

Sofern für einzelne Titel der ausgeschriebenen Leistungen getrennte Aufträge erteilt werden, sind die Rechnungen und die notwendige Rechnungsunterlagen getrennt nach diesen separaten Aufträgen einzureichen.

19. Bauschutt

Die Reinigung der Baustelle ist Nebenleistung, sofern nicht im LV als Position enthalten. Die Reinigungen haben jeweils besenrein zu erfolgen.

20. Emissionsschutz, Arbeitszeit

Die Emissionen sind auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Die Arbeiten sind werktags zwischen 7.00 und 19.00 Uhr auszuführen. Ausreichende Maßnahmen zur Verminderung von Emissionen sind in die Leistungsposition einzukalkulieren. Auf der Baustelle sind ausschließlich Geräte und Maschinen einzusetzen, die einen verminderten Lärmpegel besitzen. Beim Betrieb von Baumaschinen einschließlich der auf der Baustelle betriebenen Kfz sind 55 dB als Immissionsrichtwerte (gemessen in ca. 50 m Entfernung) einzuhalten.

Zudem sind einschlägige Gesetze und Vorschriften zu beachten (BIMSchG, Allgemeine Verwaltungsvorschrift gegen Bau-lärm - Geräuschemission- und zusätzliche landesrechtliche Vorschriften).

Ganztägig an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen sowie werktags in der Zeit von 22:00 Uhr bis 7:00 Uhr - sind Bauarbeiten nicht erlaubt. Ausnahmen hierzu hat der AN eigenständig und auf eigene Kosten bei den zuständigen Genehmigungsbehörden abzufragen und zu beantragen.

21. Arbeitssicherheit

Bei der Durchführung der Arbeiten sind die einschlägigen Gesetze, Verordnungen, EG-Recht, Arbeitsstättenrichtlinie und Technischen Regeln sowie Vorschriften, Regeln und Informationen der Berufsgenossenschaften zu berücksichtigen. Gemäß der "Verordnung für Sicherheit und Gesundheitsschutz auf Baustellen (BaustellV) vom 10.06.1998 hat die Auftraggeberin einen Koordinator bestellt (§ 4 BaustellV).

Der Koordinator wird seine Aufgaben nach der BaustellV wahrnehmen. Der SiGe- Plan ist vom Auftragnehmer einzuhalten, Aufforderungen des SiGe-Koordinators ist Folge zu leisten.

Die Sicherheits- und Gesundheitsschutzpläne werden dem Auftragnehmer in der jeweils aktuellen Fassung übergeben. Er hat die in den Sicherheits- und Gesundheitsschutzplänen enthaltenen Elemente bei der Ausführungsplanung und bei allen auszuführenden Arbeiten einzuhalten. Der AN hat dem Koordinator den Beginn neuer Arbeiten (z.B. Gerüststellung) vorher rechtzeitig anzuzeigen und die erforderlichen Unterlagen hinsichtlich Sicherheitstechnischer Belange zu übergeben. Die Verantwortlichkeit des AN für die Erfüllung seiner Arbeitsschutzpflichten bleibt unberührt (§ 5 Abs.3 BaustellV). Der vom AG bestellte Koordinator wird durch laufende Kontrollen die Einhaltung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzpläne überwachen und die Aufgaben nach der BaustellV wahrnehmen. Ferner wird der Koordinator durch regelmäßige Begehung der Baustelle die sicherheitstechnischen Einrichtungen und Schutzmaßnahmen des AN überprüfen. Soweit der Koordinator sicherheitstechnische Mängel auf der Baustelle feststellt, wird er den AN und AG in schriftlichen Berichten und / oder mündlicher Form unterrichten.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die festgestellten Mängel unverzüglich zu beheben. Der Auftragnehmer hat für den Koordinator nach der BaustellV einen Ansprechpartner, Sicherheitsbeauftragter des Auftragnehmers für die Baustelle, zu benennen, der für die Erfüllung der erforderlichen Maßnahmen auch von eventuellen Nachunternehmern verantwortlich ist. Sämtliche vorstehenden Leistungen, Maßnahmen und auftretenden Erschwernisse, die sich nach der BaustellV für den AN ergeben sind in die Baustelleneinrichtungspauschale einzukalkulieren.

Grundsätzlich gelten neben den UVV auch alle einschlägigen staatlichen Gesetze, Verordnungen, Richtlinien und Technischen Regeln wie z. B. folgende Vorschriften und Verordnungen:

- ArbSchG (Arbeitsschutzgesetz)
- AsiG (Arbeitssicherheitsgesetz)
- ArbZG (Arbeitszeitgesetz)
- ArbStättV (Arbeitsstättenverordnung)
- GefStoffV (Gefahrstoffverordnung)
- BioStoffV (Biostoffverordnung)
- BetrSichV (Betriebssicherheitsverordnung)
- BaustellV (Baustellenverordnung)

22. Parken/Stellplätze

Fahrzeuge dürfen die Baustelle nur befahren, wenn dies unmittelbar für die Arbeiten notwendig ist. Sämtliche übrigen Fahrzeuge, einschließlich derjenigen der beschäftigten Arbeitnehmer sind außerhalb der Baustelle zu parken. Eine Haftung für eventuell auftretende Schäden oder Verluste wird ausgeschlossen.

23. Baustellenbewachung

Eine Baustellenbewachung wird bauseits:

☐ gestellt.

☒ nicht gestellt. Die Auftraggeberin haftet nicht für Diebstahl, Verlust und Schäden aus Vandalismus.

24. Verpflichtung zum Mindestlohngesetz (Milog)

Der AN verpflichtet sich zur Einhaltung der Vorgaben des Mindestlohngesetzes. Beauftragt der AN zum Zwecke der Durchführung des Vertrages Nachunternehmer oder Verleiher, verpflichtet er sich, diese wiederum zur Einhaltung der Vorgaben nach dem Milog zu verpflichten. Gleiches gilt für von diesen Nachunternehmern beauftragte Nachunternehmer oder Verleiher. Die Einhaltung der Vorgaben des Milog hat der AN der Auftraggeberin durch geeignete Unterlagen nachzuweisen. Auf Verlangen der Auftraggeberin hat der AN diese Unterlagen unverzüglich vorzulegen. Der AN stellt die Stadt Görlitz bei Verstößen gegen das Milog von allen Ansprüchen seiner Beschäftigten, der Beschäftigten seiner NU und Verleiher oder der Beschäftigten der von diesen Nachunternehmer beauftragten Nachunternehmer oder Verleiher frei. Mit Annahme des Auftrags garantiert der AN, dass er nicht gem. §19 Abs. 1 Milog von der Vergabe öffentl. Aufträge ausgeschlossen wird.

25. Abnahme (§ 12 VOB/B)

Die förmliche Abnahme gilt als vereinbart.

26. Grant Agreement

Kontrollen, Prüfungen, Rechnungsprüfungen bei Erwerb von Gütern sowie Bau- und Dienstleistungen gem. Artikel 22 und 23 des Grant Agreements bei EU-geförderten Projekten. Der Auftragnehmer erkennt die Rechte der EU-Kommission, des Europäischen Rechnungshofs (EURH), des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) oder von durch die Kommission benannten Dritten an, Kontrollen und Prüfungen sowie Bewertungen dieses Vertrags gemäß den Regelungen aus Artikel 22 und 23 der Finanzhilfvereinbarung vorzunehmen.

27. Übergabe von Dokumentationsunterlagen

Vor Ausführungsbeginn sind der Bauleitung die allgemeinen bauaufsichtlichen Zulassungen, allgemeinen bauaufsichtlichen Prüfzeugnisse, Verwendbarkeits- und Anwendbarkeitsnachweise sowie die Übereinstimmungsnachweise und –erklärungen der Hersteller für die eingesetzten Materialien und Bauteile zu den konkreten Einbaubedingungen zur übergeben. Die Gültigkeit der jeweiligen Nachweise muss den Abnahmezeitpunkt einschließen! Die Übergabe der Unterlagen hat elektronisch **UND** in Papierform zu erfolgen.

28. Datenschutzgrundverordnung DS-GVO

Die von Ihnen erbetenen Angaben werden im Rahmen des Vergabeverfahrens gemäß der bestehenden Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) gespeichert und verarbeitet. Sie erklären sich mit der Abgabe Ihres Angebotes hiermit einverstanden.

Wir weisen darauf hin, dass gemäß unserer zuwendungsrechtlichen Vorgaben die Daten bis zu 30 Jahre gespeichert werden können.

***** ENDE DER WEITEREN BESONDEREN VERTRAGSBEDINGUNGEN (WBVB) *****